Einzelnummer 25 Pf.
2. Jahrgang. Nr. 115.
Herausgeber: „Sozialistischer Verlag e. G. m. b. H.“ Breslau 1, Nikolaistraße 49/50.

Erscheint alle Wochentage.

Einzelnummer 25 Pf.
Freitag, 15. Oktober 1920.
Fernsprecher: Ring 8887. — Telegr.-Adresse: Arbeit-Breslau. Redaktion: Breslau 1, Nikolaistr. 49/50.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugspreise: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,40 Mk. für die Woche, 6,— Mk. für den Monat. Durch die Post: 6,10 Mk. für den Monat.

Postscheckkonto: Nr. 22885 „Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H.“, Breslau.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,90 Mk., auswärts 1,00 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,60 Mk. Reklame: Die Reklamezeile, dreigespalten oder deren Raum, hinter Text 3,— Mk.

Landarbeiterstreik!

Streiks der Landarbeiter.

In 26 Orten des Mansfelder Kreises sind die Landarbeiter in den Streik getreten. In einzelnen Orten werden die Notstandsarbeiten verweigert.

Der Streik der Gemeindearbeiter in Sachsen.

Aus Sachsen wird uns geschrieben:

Seit Anfang dieser Woche streiken in ganz Sachsen die Gemeindearbeiter. Die Ursache des Streiks ist eine reine Lohnbewegung. Die Gemeindearbeiter forderten eine 20%ige Erhöhung des Stundenlohnes, der bisher bei der höchst bezahlten Handwerkerklasse 4,68 Mk. betrug. Diese Erhöhung wurde aber vom Schlichtungsausschuß der Kreishauptmannschaft Dresden Ende voriger Woche abgelehnt und lediglich eine Erhöhung der Kinderbeihilfe von 30 auf 40 bzw. 50 Mk. befürwortet. Diese offenkundige Provokation beantworteten nun die Arbeiter mit dem Streik.

Richtig.

Meldung: In der Belegschaftsversammlung der Zechen „Alte Haasen“ in Sproßhösel wurde beschlossen, die zweieinhalb Ueberstunden nicht mehr zu verfahren. Die Verbände wurden aufgefordert, das Ueberstundenabkommen zu kündigen. In dem Beschluß wird gesagt, die Belegschaften hätten keinen Grund, sich für eine Regierung zu opfern, die die Sozialisierung nicht in Angriff nehme.

Die Berliner Arbeitslosen demonstrieren.

Meldung: Mehrere tausend Arbeitslose und Notstandsarbeiter aus Neu-Kölln marschierten am Mittwoch nach dem Neu-Kölner, dann nach dem Berliner Rathause, um die Forderungen der Berliner Arbeitslosen zu unterstützen. Die Demonstranten hielten die Straßenbahnwagen an. Eine Deputation trug die Wünsche der Arbeitslosen im Rathause dem unabhängigen Stadtrat Weiß vor, worauf die Menge sich zerstreute.

Genosse Losowsky bleibt noch in Deutschland.

Wie berichtet wird, ist Genosse Losowsky nicht aus Deutschland ausgewiesen worden. Die Regierung hat seinen Paß verlängert, um ihm Gelegenheit zu geben, die Einreiseerlaubnis nach Italien hier abzuwarten.

Betätigung der Reichswehr.

In Sielow bei Cottbus besteht ein Gefangenenlager. In diesem befinden sich zurzeit 2000 gefangene Russen. Am Freitag, den 8. Oktober, fand, wie schon öfters, vormittags eine Versammlung der Russen statt. Kurz darauf rückte Reichswehr aus Cottbus gegen das Lager an, umzingelte und besetzte es. Die politischen Kommissare (Genosse Bromberg und ein weiterer Genosse) wurden von der Reichswehr verhaftet. Ein Grund wurde nicht angegeben.

Italien.

Giolitti in der Klemme. „Corriere della Sera“ teilt mit: Die parlamentarische nationalistische Gruppe beschloß, nicht mehr der Mehrheit der Kammer anzugehören, die das Kabinett Giolitti unterstützt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß außer den Nationalisten auch die Rechtsliberalen, die eine ziemlich starke Fraktion bilden, Giolitti die Gefolgschaft verweigern. Die nationalistische Richtung stimmte, nachdem sie Nitti gestürzt hatte, für Giolitti in der Hoffnung, daß er die Autorität des Staates wiederherstellen und sich das Programm des Londoner Vertrages einschließlich Fiumes zu eigen machen würde unter Zurückweisung direkter Verhandlungen mit Jugoslawien.

„Secolo“ spricht von der Möglichkeit des baldigen Rücktrittes Giolittis. Er werde voraussichtlich durch den Vorsitzenden Präsidenten der Kammer, de Nicola, ersetzt werden, einem gewandten Parlamentarier, den Giolitti selbst an der Spitze des Parlamentes gewünscht habe.

Der Kampf um die Kontrolle der Produktion. Das Organ des italienischen Arbeiterverbandes veröffentlicht einen Auszug aus dem Entwurf über die Ueberwachung der italienischen Industrie, dessen Hauptpunkte folgende sind: Der Arbeiterrat wird den Ankauf der Rohmaterialien kontrollieren. Er wird ferner den Verkauf der erzeugten Produkte regeln und die Preise festsetzen. Der Rat wird auch die Löhne bestimmen, ebenso die Art der Arbeit, die jeder zu verrichten hat. Die Arbeiten werden mit aller Strenge überwacht. Der Rat wird sich auch mit dem Ankauf neuer Maschinen und mit der Ausschaltung abgenutzter Maschinen befassen. Schließlich wird er die Vermeidung von Krisen in der Industrie und die Verhinderung der Ueberschwemmung der Märkte mit billigen Waren anstreben.

Die Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Aus den vom französischen Arbeitsministerium herausgegebenen Mitteilungen über die Lage auf dem Arbeitsmarkt Ende September ist u. a. zu entnehmen, daß die Arbeit in der Textilindustrie des französischen Nordens stark zurückgeht; mehrere Spinnereien haben einen Teil ihres Personals entlassen. Es dürfte dies auf Mangel an Rohstoffen und Absatzschwierigkeiten im Ausland zurückzuführen sein. In der Metallindustrie des Nordens ist die Lage wieder als normal anzusehen. Im Bauhandwerk werden Spezialarbeiter gesucht. Im Departement Nièvre hat eine für das Wiederaufbaugebiet arbeitende Fahrzeugfabrik wegen zu geringer Aufträge 81 Arbeiter entlassen müssen. Im Departement Haute-Vienne herrscht große Arbeitslosigkeit in der Schuhindustrie, eine Folge der durch den Käuferstreik verursachten Absatzschwierigkeiten.

England.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter. Die „Times“ berichten, daß die Mehrheit der englischen Bergarbeiter die Annahme der Vorschläge der Grubenbesitzer abgelehnt habe. Im ganzen wurden für die Annahme 18 250, gegen die Annahme 68 673 Stimmen abgegeben.

Rußland.

Wrangel geschlagen. Aus Moskau wird gemeldet, daß die Kavallerie der Roten Armee die feindliche Front durchbrochen und den Eisenbahnknotenpunkt Ropooka genommen habe. Der Schlag soll so entscheidend gewesen sein, daß Wrangels Dondivision ihren gesamten Generalstab verloren habe. Die Rote Armee habe damit das Uebergewicht an der Südfront erlangt.

Russische Delegationen. Am Montag ist in Prag eine fünfgliedrige Vertretung der russischen Fachorganisationen zum Studium der tschechoslowakischen Gewerkschaften eingetroffen.

Der Schweizer Bundesrat lehnte die Bewilligung zur Einreise der russischen Delegierten zum schweizerischen Gewerkschaftskongreß ab.

Der Weltbankrott.

Präsident Ador führte in seiner Ansprache auf der Brüsseler Finanzkonferenz aus, daß gewisse europäische Länder, wie Deutschland, Ungarn, Belgien, Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Italien und Portugal außerstande sind, die Kriegskosten aus ihren nationalen Einnahmen zu decken und daß die Finanzen dieser Länder durch inländische und ausländische Schulden recht schwierig werden. In Dollars zu dem letzten Parikurse umgerechnet beträgt die Gesamtsumme der inländischen Schulden dieser Länder **155 Milliarden** gegen nur 17 Milliarden Dollars im Jahre 1913. Die ausländischen Schulden, wovon etwa elf Milliarden an Amerika und eindreiviertel Milliarden an Großbritannien fallen, stellen ein noch viel schwierigeres Finanzproblem dar, weil diese Schulden in einer Geldsorte bezahlt werden müssen, die weit höher notiert, als die des Schuldnerlandes. Die Ausgaben der am Kriege beteiligten Mächte sind um 500 bis 1500 Prozent gestiegen, aber auch die Lage der europäischen Neutralen sind sehr schwierig, weil diese Länder ebenfalls große Ausgaben haben. Nicht nur die militärischen Ausgaben allein üben einen schweren Druck auf die Einnahmen dieser Länder aus, sondern auch die hohen Preise und die Aufschläge auf Nahrungsmittel usw. Holland, die Schweiz und Spanien haben außerdem noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da ihre Handelsbilanz während des Krieges durch die Goldeinfuhr gestiegen ist. Große Mengen Goldes befinden sich in diesen Ländern, und dies veranlaßt Inflation und Preissteigerung, die fast ebenso groß ist wie in den am Kriege beteiligten Ländern. Die Notwendigkeit, ihre erschöpften Vorräte wieder aufzufüllen, erhöht ihre Einfuhr, während der Stand der Wechselkurse gleichzeitig ihre Ausfuhr beeinträchtigt. Dadurch befinden sich diese drei Länder in großen Schwierigkeiten. Nur die außereuropäischen Länder erfreuen sich einer günstigen Wirtschaftslage.

Die Moskauer Bedingungen.

(Zum Parteitag.)

4. Das „marxistische“ Zentrum und der Marxismus.

2. Teil, Fortsetzung.

E. K. Die Vertreter der zentrümlichen Lehre von der Befreiung der Arbeiterklasse erstreben die Erfassung aller Werktätigen in ihrer Partei. Sie wollen die Verwaltung der durch die Revolution erworbenen Macht übertragen der Gesamtheit dieser Werktätigen. Das bedeutet praktisch: die Politik des Zentrums muß darauf hinauslaufen, das Schwergewicht der proletarischen Revolution von den bewußtesten, im sozialistischen Sinne klarsten und geschultesten Teile der Arbeiterklasse hinweg auf die Mitläufer, die Halben, Unklaren und Indifferenten zu schieben. Die Interessen der Mehrheit der Werktätigen fallen mit den Interessen der proletarischen Revolution nicht so offensichtlich zusammen wie mit denen des reinen Proletariats. Die Mehrheit aller Werktätigen erkennt nicht die Notwendigkeit der nur unter Opfern möglichen Durchführung des Sozialisierungsprozesses und diese Erkenntnis kann nur vermittelt werden durch die in der Revolution gewonnene Macht (Presse, Schule, Staatsapparat). Deshalb ist es notwendig, diese Erziehungsmittel dem Teile des Proletariats zur Verfügung zu stellen, der nicht nur revolutionär ist, sondern auch über Ziel, Weg, Wesen der proletarischen Revolution die klarsten Vorstellungen hat. Wir behaupten, das seien lediglich die revolutionären Marxisten (Kommunisten) und haben die Pflicht, im Interesse der sozialistischen Revolution mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß sie die kommende Revolution führen und die aus ihr gewonnene Machtfülle verwalten. Dazu ist es notwendig, die klaren Marxisten in einer straff organisierten Partei zusammenzufassen und ein Eindringen opportunistischer und zentrümlicher Elemente zu verhindern. Die 21 Moskauer Bedingungen sind nach unserer Auffassung der geeignetste Prüfstein für die Zuverlässigkeit der Einzelnen im marxistischen Sinne und wir werden uns bemühen, die gewiß trotz der Schärfe dieser Bedingungen in die rein marxistische Partei eindringenden, aber nicht konsequenten Elemente zu erkennen und zu entfernen.

Das Zentrum lehnt alle Voraussetzungen der proletarischen Diktatur ab.

1. Dadurch, daß es diese Diktatur ausüben lassen will von einer Masse, deren Mehrheit von der Notwendigkeit der Diktatur nicht überzeugt ist und über Ziel und Wesen dieser Diktatur ganz unklare Vorstellungen hat.

2. Dadurch, daß es die zur geistigen Leitung der proletarischen Diktatur notwendige Partei ablehnt, indem es alle revolutionären Elemente sammelt, während eine wirkliche geistige Leitung und eine wirkliche sozialistische Leistung nur möglich ist durch eine Partei, die nicht nur revolutionär ist, sondern auch über Ziel und Weg der Revolution klare und einheitliche Vorstellungen hat.

3. Dadurch, daß es auf die bewußte geistige Proletarisierung durch Erweckung, Begünstigung, Pflege des proletarischen Klassenstolzes verzichtet und zum Zwecke der Aufschwemmung der Partei (Streben nach Masse) der kleinbürgerlichen Ideologie Zugeständnisse macht, die psychologischen Vorbedingungen der proletarischen Revolution also schwächt.

4. Dadurch, daß es nicht konsequent nach Zusammenfassung aller proletarischen Waffengattungen unter der einheitlichen Leitung der Partei strebt (die Gewerkschaften z. B. der Partei neben- statt unterordnet).

5. Dadurch, daß es sich weigert, dem Terror der Bourgeoisie die einzige vorhandene Waffe, den Massenterror des Proletariats entgegenzusetzen. Damit beraubt es die Diktatur gerade in den kritischen Situationen jeder Verteidigungsmöglichkeit und gibt sie klar gesehen wollig auf. Begründet wird diese antiterroristische Propaganda mit Schein kleinbürgerlichen Beweggründen, indem nämlich die persönliche Ablehnung aus Gründen ethischen Empfindens in ein geschichtliches Werden hineingetragen wird, was einmal völlig unmarxistisch und dann auch praktisch unmöglich ist. Die Mittel zur Schaffung eines gewaltlosen Zustandes sind Gewaltmittel. Der Geist kann niemals die Macht der

Bourgeoisie brechen. Der Geist befindet sich im Kampfe mit dem Ungeist. Wenn der den Säbel benützt, kann man ihn nicht überwinden, indem man ihm das sittlich Falsche seines Verhaltens nachweist, denn das ist dem Säbelhelden bekannt. Der Mensch ist schlecht und wenn er **nicht** schlecht wäre, brauchten wir ja gar keine sozialistische Revolution. Wenn es um den Geldbeutel geht, um das Vorrecht, die Massen ausplündern zu dürfen, dann hört bei den Gegnern der Arbeiterklasse die Sittlichkeit vollständig auf und wenn das nicht so wäre, dann gäbe es ja keine Ausbeutung. Man wende nicht ein, es sei möglich, durch **Nachweis** des Tatbestandes der Ausbeutung den Willen zur Ausbeutung ins Unwesentliche zu schwächen. Denn der Massenterror richtet sich und kann sich nur richten gegen den **bewußt** konterrevolutionären und bewußt ausbeutenden Teil der Bevölkerung, nicht gegen die Zwischenschichten, die nicht verantwortlich zu machen sind, weil sie in Unkenntnis der bestehenden Tatsachen handeln.

6. Dadurch, daß das Zentrum die Räte als Klassenorgane ablehnt und in ihnen nur den revolutionären Teil der Klasse zu sammeln bestrebt ist, eben weil es nicht daran denkt, den bürgerlichen Staatsapparat zu zertrümmern und ihn durch einen proletarischen zu ersetzen, sondern die Räte lediglich als Kampforganisationen will.

Es versteht sich von selbst, daß alle diese einzelnen Ansichten des Zentrums über Partei, Gewerkschaft, Räte, Terror, Zentralisation usw. die klaren Folgen des Zieles der zentrümlichen Revolution sind, dieses Zieles, das darin besteht, die Durchführung, die Leitung und die Sicherung des Sozialisierungsprozesses der Mehrheit der Werktätigen Deutschlands zu übertragen.

Deshalb werden auch fast überall die Begriffe Proletariat und Arbeiterklasse gleichgesetzt, während in Wahrheit ein gewichtiger Teil der Arbeiterklasse kleinbürgerlich ist. Ferner wird der Begriff Kleinbürgertum fast durchweg nur ökonomisch aufgefaßt, während die eigentliche Gefahr in der Ideologie liegt, in der Charakterschwäche, der Angefaultheit von kapitalistischer Profitsucht und in der geistigen Verwirrung der bürgerlichen Schulerziehung.

Die Kapitalisten sind der Hauptfeind der sozialistischen Gesellschaftsordnung nur bis zur Eroberung der Macht, nach ihr aber ist der Hauptfeind der Kapitalismus, und der steckt wirklich nicht nur in der Ausbeuterklasse.

Die um die Macht kämpfenden Massen werden zum Kampfe gezwungen durch die tatsächliche wirtschaftliche Not und die aus der kapitalistischen „Ordnung“ sich ergebenden schweren Gefahren für die nahe Zukunft. (Verschiebungen von Produktionsmitteln, von Lebensmitteln und ähnlichem, z. B. von Kartoffeln zum Zwecke der Schnapserzeugung.) Sie werden in den Kampf getrieben, durch die fühlbarsten Auswüchse, gegen die sie Einzelaktionen unternehmen und die Brutalität und Verlogenheit, mit der die Bourgeoisie diese Einzelaktionen niederzuwerfen sucht, im Namen der „Ruhe und Ordnung“. **Nach dem Siege aber fallen für einen erheblichen Teil der Kämpfer diese fühlbarsten Anlässe fort.** Der Druck, der sie trieb, vermindert sich. Sie glauben mit dem äußeren Siege schon **endgültig** gesiegt zu haben und es fällt ihnen schwer, zu begreifen, **daß nach ihm der eigentliche Kampf erst beginnt,** der Kampf um die Sicherung, um die Verriegelung der Rückfallsmöglichkeiten, um den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Breite Schichten verlieren damit mehr oder weniger den Willen zum Kampf, den Willen zur Macht, die Opferfähigkeit. Wehe der revolutionsführenden Partei, die diese Schichten in größerem Umfange in sich enthält! Sie ist gebrochen!

Alle politisch unklaren Schichten, deren Unklarheit ja hauptsächlich in der kleinbürgerlichen Ideologie besteht, die sie durchdrungen hat, sehen sehr leicht in den **Folgen des Kampfes** die Folgen des **Sozialisierungsvorgangs**. Sie werten sie sehr leicht als Beweise gegen die Revolution und ihre Ziele, sie sind der dahingehenden Propaganda der Konterrevolution sehr zugänglich. Diese konterrevolutionäre Propaganda beginnt immer mit der Sabotage des Willens zur Fortführung der Revolution und versucht gerade die Zwischenschichten **passiv** zu machen. Gelingt es ihr, die Revolution zum Stehen zu bringen, dann wird das Kleinbürgertum in breiten Schichten auch **aktiv** konterrevolutionär. Gelingt es ihr nicht, dann wird die schwere Aufklärungsarbeit der proletarischen Partei trotz der tausendfach verstärkten Mittel (Presse, Schule, Kino, Theater) sie nur **allmählich** zur Einsicht in die Notwendigkeiten des sozialistischen Aufbaus bringen. Die Schicht der sozialisierungswilligen Bevölkerung wird in den kritischen Phasen der Revolution schwächer durch die Gegenwirkung der Reaktion und durch objektive Schwierigkeiten, deren Ueberwindung eine starke Opferfähigkeit voraussetzt. In dieser Zeit muß die errungene Macht sich fest in der Hand des vorgeschrittensten Teiles der Arbeiterklasse befinden, wenn nicht alles umsonst gewesen sein soll, dieses Teiles, der die Gewähr in sich birgt, daß er die ganze Macht restlos anwenden wird zur Durchführung des Sozialisierungsprozesses.

Er ist organisiert in der leitenden politischen Partei. Vielmehr: alle revolutionären Sozialisten haben danach zu streben, daß er geschlossen in dieser Partei organisiert ist und nicht durch zerbröckelnde, lähmende, hemmende kleinbürgerliche Elemente zersetzt wird. Eine so beschaffene Partei wird das Vertrauen der Massen in ausreichendem Maße gewinnen können. Sie muß durch Leistung erweisen, daß ihre Arbeit im Interesse der Massen geschieht. Jede tatsächliche Leistung aber setzt eine Einheitlichkeit voraus, die in der U. S. P. D. weder vorhanden war, noch zu ermöglichen ist, wenn nicht der den Grundsätzen der Partei direkt zuwiderhandelnde rechte Flügel ausgeschlossen wird.

Das Aufhalten des Zersetzungsprozesses nach der Eroberung der Macht und die kraftvolle Entwicklung des Aufbaus **kann nur geleistet werden** von einer Partei, deren Wille einheitlich und ungebrochen ist, und die das Abgleiten der Macht auf die Zwischenschichten energisch verhindert. Der Wille zur Rätediktatur darf in ihr nicht durch zentrümliche Gedankengänge unwirksam und haltlos gemacht werden, sonst hätte sie ihre Rolle als revolutionsführende Partei ausgespielt. Gelingt es uns nicht, durch die Reinigung der U. S. P. D. und ihren Zusammenschluß mit der K. P. D. die dringend notwendige Leitpartei der Arbeiterklasse zu schaffen, dann wird die deutsche sozialistische Revolution in **dieser** Wirtschaftskrise nicht mehr auf Sieg hoffen dürfen.

(Der 5. Aufsatz dieser Reihe ist am 14. September unter dem Titel „Spaltung?“ in dieser Zeitung erschienen. Der 6. folgt in einer der nächsten Nummern.)

Der Bericht über die dritte Internationale.

Die Kommunistischen Parteien und der neue Parlamentarismus.

(Schluß.)

2. Wenn die Wahlen vollendet sind, muß die Organisierung der Parlamentsfraktion sich vollständig in den Händen des Zentralkomitees der kommunistischen Parteien befinden, ganz abgesehen davon, daß die Gesamtpartei in dem betr. Zeitpunkt legal oder illegal ist. Der Vorsitzende und der Vorstand der kommunistischen Parlamentsfraktion müssen von dem Zentralkomitee der Partei bestätigt werden. Das Zentralkomitee muß in der Parlamentsfraktion einen ständigen Vertreter mit Einspruchsrecht haben und in allen politischen wichtigen Fragen muß sich die Parlamentsfraktion vorher Verhaltungsmaßregeln vom Zentralkomitee der Parteien erbitten. Das Zentralkomitee hat das Recht und die Pflicht, bei einer bevorstehenden großen Aktion der Kommunisten im Parlament, den Redner der Fraktion aufzustellen, bzw. zu beanstanden, von ihm die vorherige Vorlegung der Leitsätze seiner Rede bzw. der Rede selbst zwecks Genehmigung durch das Zentralkomitee usw. zu fordern. Jedem Kandidaten, der auf der Wahlvorschlagsliste der Kommunisten steht, muß ganz offiziell die schriftliche Verpflichtung abgenommen werden, daß auf die erste Aufforderung des Zentralkomitees der Partei hin das Mandat niederzulegen ist, um in einer gegebenen Situation die Aktion des Austritts aus dem Parlament geschlossen durchzuführen.

3. In denjenigen Ländern, in denen es reformistischen, halbreformistischen und einfachen Strebereelementen bereits gelungen ist, in die kommunistische Fraktion einzudringen (das ist bereits in einigen Ländern geschehen), sind die Zentralkomitees der kommunistischen Parteien verpflichtet, eine gründliche Säuberung des persönlichen Bestandes der Fraktionen vorzunehmen, von dem Prinzip ausgehend, daß es für die Sache der Arbeiterklasse viel nützlicher ist, eine kleine, aber wirklich kommunistische Fraktion zu haben, als eine zahlreiche Fraktion ohne konsequente kommunistische Politik.

4. Der kommunistische Abgeordnete ist auf Beschluß des Zentralkomitees verpflichtet, die legale Arbeit mit der illegalen zu vereinigen. In denjenigen Ländern, wo sich der kommunistische Abgeordnete der Immunität vor den bürgerlichen Gesetzen erfreut, muß diese Immunität dazu ausgenützt werden, die Partei in ihrer illegalen Tätigkeit der Organisation zu unterstützen.

5. Alle ihre parlamentarischen Aktionen müssen die kommunistischen Abgeordneten der Tätigkeit ihrer Partei außerhalb des Parlaments unterordnen. Die regelmäßige Einbringung von demonstrativen Gesetzentwürfen, die nicht dazu bestimmt sind, von der bürgerlichen Mehrheit angenommen zu werden, sondern für die Zwecke der Propaganda, Agitation und Organisation, muß auf Anweisung der Partei und ihres Zentralkomitees geschehen.

6. Bei Straßendemonstrationen der Arbeiter und sonstigen revolutionären Aktionen hat der kommunistische Abgeordnete die Pflicht, an der Spitze der Arbeitermassen an erster leitender Stelle zu stehen.

7. Die kommunistischen Abgeordneten müssen auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Wegen (unter der Kontrolle der Partei) schriftliche und jedwede andere Verbindungen mit revolutionären Arbeitern, Bauern und anderen Werktätigen anzuknüpfen suchen. Sie dürfen unter keinen Umständen gleich den sozialdemokratischen Abgeordneten handeln, die Geschäftsverbindungen mit ihren Wählern nachlaufen. Sie müssen sich jeder Zeit zur Verfügung der kommunistischen Organisation für jede Propagandaarbeit im Lande halten.

8. Jeder kommunistische Abgeordnete der Parlamente muß dessen eingedenk sein, daß er kein Gesetzgeber ist, der mit anderen Gesetzgebern eine Verständigung sucht, sondern Agitator der Partei, der ins feindliche Lager entsandt ist, um dort Parteibeschlüsse durchzuführen. Der kommunistische Abgeordnete ist nicht den losen Wählermassen, sondern seiner lokalen oder illegalen kommunistischen Partei gegenüber verantwortlich.

9. Die kommunistischen Abgeordneten müssen im Parlament eine Sprache reden, die jedem einfachen Arbeiter, jedem Bauern, jeder Waschfrau, jedem Hirten verständlich ist, so daß die Partei die Möglichkeit hat, ihre Reden als Flugblätter herauszugeben und sie in den entlegensten Winkeln des Landes zu verbreiten.

10. Einfache kommunistische Arbeiter müssen in den bürgerlichen Parlamenten auftreten, ohne den sogenannten erfahrenen Parlamentariern den Vorrang zu überlassen, — auch in den Fällen, wo die Arbeiter erst Anfänger auf parlamentarischem Gebiet sind. Im Notfall können die Abgeordneten aus der Mitte der Arbeiter ihre Reden direkt ablesen, damit die Reden in der Presse und in den Flugblättern abgedruckt werden können.

11. Die kommunistischen Abgeordneten müssen die Parlamentstribüne zur Entlarvung nicht nur der Bourgeoisie und ihrer offenen Handlanger, sondern auch zur Entlarvung der Sozialpatrioten, Reformisten, der Halbheit der Politiker des „Zentrums“ und anderer Gegner des Kommunismus und zur breiten Propaganda der Ideen der 3. Internationale ausnützen.

12. Die kommunistischen Abgeordneten haben sogar in den Fällen, wenn es ihrer nur wenige im ganzen Parlament gibt, durch ihr ganzes Betragen dem Kapitalismus gegenüber eine Herausforderung zu zeigen. Sie dürfen nie vergessen, daß nur derjenige des Namens eines Kommunisten würdig ist, der nicht nur in Worten, sondern auch in seinen Taten ein Erzfeind der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer sozialpatriotischen Handlanger ist.

Der Terrorismus.

Von L. Trotzki.

(Fortsetzung.)

Die Arbeiterklasse, die die Macht durch Kampf errungen hat, hatte die Aufgabe, die Pflicht, diese Macht unerschütterlich zu befestigen, ihre Herrschaft unbestreitbar sicherzustellen, ihren Feinden die Lust zu Staatsumwälzungen zu nehmen und sich dadurch die Möglichkeit sozialistischer Reformen zu sichern. Sonst hätte sie die Macht nicht zu erobern brauchen.

Die Revolution erfordert „logisch“ den Terrorismus nicht, wie sie „logisch“ auch nicht den bewaffneten Aufstand erfordert. Was für eine vielversprechende Banalität! Dafür verlangt aber die Revolution von der revolutionären Klasse, daß sie ihr Ziel mit **allen** Mitteln erreiche, die ihr zur Verfügung stehen: wenn nötig — durch bewaffneten Aufstand, wenn nötig — durch Terrorismus. Die revolutionäre Klasse, die mit der Waffe in der Hand die Macht erobert hat, ist verpflichtet, alle Versuche, ihr die Macht zu entreißen, ebenfalls mit der Waffe in der Hand zu unterdrücken. Dort, wo sie die feindliche Armee gegen sich haben wird, wird sie ihr die eigene Armee entgegenstellen. Dort, wo sie es mit einem bewaffneten Aufstand, einem Attentat, einem Aufruhr zu tun haben wird, wird strenge Justiz die Häupter der Feinde treffen. Vielleicht hat Kautsky andere Mittel erfunden? Vielleicht kommt bei ihm alles auf die Abstufung der Repression an und er schlägt vor, in allen Fällen die Gefängnisstrafe an Stelle des Todes durch Erschießen anzuwenden?

Die Frage der Form oder Abstufung der Repressalien ist natürlich keine „prinzipielle“ Frage. Das ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. In der Epoche der Revolution kann die der Macht beraubte Partei, die sich mit der Stabilität der [illegible] den Kampf gegen sie beweist, nicht durch die Drohung mit Gefängnisstrafen abgeschreckt werden, da sie nicht an deren Dauerhaftigkeit glaubt. Durch diese einfache, aber entscheidende Tatsache ist die breite Anwendung des Erschießens während des Bürgerkrieges zu erklären.

Oder will Kautsky sagen, daß das Erschießen überhaupt nicht zweckentsprechend sei, daß man „Klassen nicht abschrecken könne?“ Das ist unrichtig. Der Terror ist machtlos — und auch nur „im Endresultat“, — wenn er von der Reaktion gegen eine historisch aufsteigende Klasse angewandt wird. Aber gegen eine reaktionäre Klasse in Anwendung gebracht, die nicht den Schauplatz verlassen will, kann der Terror sehr wirksam sein. Die Abschreckung ist ein machtvolles Mittel der Politik, der internationalen wie der inneren. Der Krieg ist ebenso wie auch die Revolution auf Abschreckung begründet. Der allgemeinen Regel nach vernichtet der siegreiche Krieg nur einen unbedeutenden Teil der besiegten Armee, die übrigen schreckt er ab und bricht so ihren Willen. Ebenso wirkt die Revolution: sie tötet einzelne und schreckt tausende ab. In diesem Sinne unterscheidet sich der rote Terror prinzipiell nicht vom bewaffneten Aufstand, dessen direkte Fortsetzung er ist. Den staatlichen Terror der revolutionären Klasse kann nur der „moralisch“ verurteilen, der überhaupt jede Gewalttätigkeit — folglich auch jeden Krieg und jeden Aufstand — prinzipiell (in Worten!) ablehnt. Dazu muß man einfach ein heuchlerischer Quäker sein.

„Aber wodurch unterscheidet sich in diesem Falle eure Taktik von der Taktik des Zarismus?“ fragen uns die Pfaffen des Liberalismus und des Kautskyanertums.

Das versteht ihr nicht, Frömmler? Wir wollen euch das erklären. Der Terror des Zarismus war gegen das Proletariat gerichtet. Die zaristische Gendarmerie würgte die Arbeiter, die für die sozialistische Ordnung kämpften. Unsere außerordentlichen Kommissionen erschießen die Gutsbesitzer, Kapitalisten, Generale, die die kapitalistische Ordnung wiederherzustellen bestrebt sind. Erfaßt ihr diese ... Nuance? Ja! Für uns Kommunisten genügt sie vollkommen!

Die Preßfreiheit.

Ein Punkt beunruhigt Kautsky, den Verfasser einer übergroßen Anzahl von Büchern und Artikeln: das ist die Preßfreiheit. Ist es zulässig, Zeitungen zu verbieten?

Während des Krieges werden alle Institutionen und Organe der Staatsgewalt zu Organen der Kriegführung. In erster Linie bezieht sich das auf die Presse. Keine Regierung, die einen ernsten Krieg führt, kann erlauben, daß auf ihrem Territorium Schriften herausgegeben werden, die offen oder verhüllt den Feind unterstützen. Desto mehr während des Bürgerkrieges. Es liegt in der Natur des letzteren, daß jedes der kämpfenden Lager im Rücken der Armeen bedeutende Bevölkerungskreise hat, die auf seiten des Feindes stehen. Im Kriege, wo der Erfolg und Mißerfolg mit dem Tode bezahlt werden, werden die in den Rücken der Armee eingedrungenen feindlichen Agenten erschossen. Das ist nicht human, niemand aber hat bis jetzt den Krieg als eine Schule der Humanität angesehen, — desto weniger den Bürgerkrieg. Kann man ernsthaft verlangen, daß, während des Krieges mit den weißgardistischen Banden Denikins, in Moskau oder Petersburg ungehindert Schriften der Parteien herausgegeben werden, die Denikin unterstützen? Dies im Namen der „Preßfreiheit“ vorschlagen ist dasselbe, wie im Namen der Oeffentlichkeit die Veröffentlichung von militärischen Geheimnissen zu verlangen. „Eine belagerte Stadt“, schreibt der Kommunard Arthur Arnould, „kann nicht zulassen, daß in ihrer Mitte offen der Fall gewünscht werde, daß die Kämpfer, die sie verteidigen, zum Verrat aufgerufen werden, daß dem Feinde die Bewegungen ihrer Truppen mitgeteilt werde.

(Fortsetzung folgt.)

Parteitag.

12. Oktober 1920. Nachmittagssitzung.

Um 3¼ Uhr eröffnet Genosse **Dittmann** die Verhandlungen. In der Debatte über die erstatteten Berichte nimmt zunächst das Wort

Genosse **Koenen**: Als Mitglied des Zentralkomitees halte ich mich für verpflichtet, den Bericht der Genossin Zietz zu berichtigen und ihm noch einiges hinzuzufügen. Im letzten Jahre hat sich das Bedürfnis herausgestellt, ein engeres Zusammenarbeiten zwischen der Zentrale und den Bezirken zu ermöglichen. Infolge immer erneuten Drängens ist es z. B. auf dem Gebiete des Kassenabrechnungswesens, das Genossin Zietz erwähnte, besser geworden. Aber wir sind noch nicht über den Berg. Deshalb treten wir ja auch für eine straffere Zentralisation ein. Was bisher geschehen ist, war durchaus nicht geeignet, eine klare Politik auf der Grundlage des Leipziger Aktionsprogramms zu treiben. Wir bedauern, daß es im Zentralkomitee nicht gelungen ist, **zielbewußte Parolen** herauszugeben. Was überhaupt herausgebracht wurde, konnte nur in stundenlangen Ringen gegen die rechtsstehenden Mitglieder des Zentralkomitees durchgesetzt werden. Das hat sich ganz besonders beim Kapp-Putsch gezeigt, und zumal, als die Rechtser für den Streikabbruch eintraten. Eine andere Frage des politischen Konflikts liegt auf dem Gebiete der **Transportkontrolle**. Es ist Ihnen suggeriert worden, als ob wir den Krieg gegen Frankreich propagierten. Wir haben indeß lediglich Einspruch dagegen erhoben, daß die Angelegenheit unter die Gewerkschaftsdirektion der Graßmann und Legien geriete. Wir haben erklärt, daß wir diese politische Frage gegen die Regierung zu behandeln haben. Daß man bis zu einem gewissen Grade den Friedensvertrag anerkennen muß, darüber besteht kein Zweifel, aber die Anerkennung darf kein Heiligenschein sein, hinter dem man alles verstecken kann. Diese Ansicht legt man so aus, als ob wir auf den Krieg gegen Frankreich hinarbeiteten, dagegen erheben wir entschiedenen Protest.

Ludwig-Hagen: Was ist Schuld an der Unzufriedenheit der Mitglieder, die sich auch in unseren Sitzungssaal überträgt. Schuld ist unser eigenes Unvermögen, die Tausende, die zu uns geströmt sind, zu schulen, Schulung der Genossen Schulung unserer selbst. Somit wird es nicht möglich sein, den großen Tag der Auseinandersetzung zu bestehen. Alles Schöne und Gute, das wir durchsprechen wollten, ist nichts, wenn der Unterbau fehlt. Die Mängel unserer Organisation sind ja bekannt und schon geht man daran, sie zu fällen. Wir brauchen zu diesem Zweck die **straffere Zentralisierung von unten auf**. Das ist die Vorbedingung für ein gutes Arbeiten. Auch die Beitragsfrage muß anders geregelt werden. Zum Kapp-Putsch bemerkte Ludwig, daß im Ruhrrevier alle drei Parteien einig waren. Und wenn heute Kommunisten und selbst eigene U. S. P.-Genossen im Lande den Kapp-Putsch gegen uns ausschlachten, so muß festgestellt werden, daß alle Beschlüsse mit Zustimmung von Levi und Pieck gefaßt worden sind. Und zwar bis zum Abschluß der Aktion. Ich kam damals sofort nach Berlin und sagte, ich sei dafür, daß die Arbeiter wieder in die Betriebe kommen. Denn da war die Aktion im Ruhrgebiet zu Ende und kein Generalstreik konnte uns damals mehr helfen. Verhandelt haben auch Levi und Pieck mit den Regierungsorganen. Und jetzt stellt man Rosenfeld in der „Roten Fahne" auf den Scheiterhaufen, weil er in der Transportkontrollfrage mit der Regierung verhandelt hat. Hätte Stoecker verhandelt, wäre er vielleicht auf den Scheiterhaufen gestellt worden. (Widerspruch Stoeckers.) Genosse Ludwig beweist an den Aeußerungen in Zeitungen, kommunistischer Zeitungen und Führer, wie in den Märztagen die Kommunisten dasselbe getan und gesprochen haben. Zum Schluß schildert Genosse Ludwig die schwere Stellung unserer Parteigenossen im Saarrevier und nimmt sie gegen die Angriffe im Preußenlandtag in Schutz.

Richard Müller-Teltow-Beeskow: Die Genossin Zietz hat in ihrem Bericht Bezug genommen auf ein an das Zentralkomitee anläßlich des Kapp-Putsches zu dem Ruhrrevier gerichtetes Telegramm, worin gesagt wird, man solle mir den Mund stopfen, da ich die Räterepublik ausrufen wolle. Ich überlasse es dem Parteitag, darüber zu urteilen, daß mir dieses angebliche Telegramm bisher nicht bekanntgegeben wurde, sondern hier auf dem Parteitag verlesen wird. Genosse Müller geht auf die Märzkämpfe ein und weist die Haltlosigkeit der gegen ihn erhobenen Angriffe nach. Weiter erscheint mir notwendig eine Kritik an der Haltung des Zentralkomitees zur Durchführung der Leipziger Beschlüsse. Ich erkläre, daß die Beschlüsse von Leipzig von einem großen Teil der rechtsstehenden Parteigenossen nicht nur nicht beachtet, sondern offen sabotiert worden sind. Das gilt besonders für die Stellung zum Rätesystem. Die Parteigenossen, die gleichzeitig Gewerkschaftler sind, haben sich gegen die selbständige Räteorganisation gewandt. Der Genosse Ludwig meint, daß man die Parteigenossen schulen muß, das kann man aber nicht, wenn man sich ein Aktionsprogramm gibt und nachher auffordert, die Beschlüsse des Parteitages nicht zu beachten. Eine Partei, die solche Genossen in ihren Reihen duldet, ist morsch, deshalb muß dieser Parteitag erklären, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann, damit die Partei wirklich Führerin und Bahnträgerin im revolutionären Kampf des Proletariats wird. (Starker [illegible] und teilweiser Widerspruch.)

Brepohl-Hattingen: Genossin Zietz hat behauptet, daß auch U. S. P.-Genossen den Einmarsch der Reichswehr in das Ruhrgebiet verlangt haben. Das trifft nicht zu. Wenn solche schwerwiegenden Behauptungen aufgestellt werden, müssen sie auch mit Namen belegt werden.

Genosse **Max Bock**-Baden wendet sich gegen die Kompromißpolitik in der Steuerfrage. Als der Steuerabzug auf die Tarife der Proletarier begann, flammten überall Bewegungen auf, denen die Gewerkschaften nicht gewachsen waren. Hier wäre eine gute Gelegenheit für das Zentralkomitee gewesen, in einer Aktion gegen den Steuerabzug führend voranzugehen. Ich möchte schon jetzt die Erwartung aussprechen, daß die künftige Zentralleitung es besser versteht, Massenbewegungen zusammenzufassen und zu führen.

Genosse **Crispien**: Wenn die Kritik der Zentralleitung von dem Wunsch ausgeht, Nutzen zu stiften, so ist sie zu begrüßen.

Wenn sie aber dazu benutzt wird, angegriffene Genossen noch mehr herunterzureißen, so zeigt das bloß das Niveau an, auf dem wir inzwischen angelangt sind. Wenn man ehrlich übersieht, was geleistet worden ist, so muß man anerkennen, daß, was menschenmöglich ist, geleistet wurde. Nun, wo wir eine Macht aufgebaut haben, wo wir produktiv wirken können, beginnt das Zerstörungswerk. Ein Beweis, daß ein Teil der Genossen kein Gefühl für den Bestand und die Machtstellung der Partei hat (Beifall). Wenn es nicht so klappt, dann liegt das an der Unfähigkeit, an der mangelnden Schulung der Unklarheit vieler Genossen (Lebhafter Beifall). Dann lag es daran, daß in den Leitungen Leute gesessen haben, die überhaupt keine sozialistische Politik treiben konnten, die jede kommunistische Parole aufgreifen und sie uns aufzwingen wollen (Sehr richtig). In den stundenlangen Debatten, in denen wir unsere Darlegungen machten, forderten wir stets die anderen Mitglieder auf, ihre Stellung zu bekunden. Wir haben aber nichts vernommen (Lebh. hört, hört) Wenn Genossen die intimsten Verhandlungen breittreten, ihre Vertrauensstellung mißbrauchen, so überlasse ich die Beurteilung dafür der Masse der Parteigenossen und ich gratuliere der K. P. D. für einen solchen Zuwachs (Lebh. Beifall). Crispien unterstreicht in der Schilderung der Märzvorgänge die Ausführungen des Genossen Ludwig und stellt fest, daß die K. P. D. in 24 Stunden dreimal ihre Parolen wechselte. Zu Richard Müllers Vorwurf der Sabotierung des Aktionsprogramms erhebt sich die Frage, wollen wir eine Räteorganisation zur Spaltung der Partei und Gewerkschaften oder eine revolutionäre Räteorganisation zur politischen Herrschaft. Diese Frage muß erst beantwortet werden. Werdet euch selbst erst einmal klar über den Klassenkampf und seine Notwendigkeiten (Lebh. Beifall).

Genosse **Dißmann**-Frankfurt tritt der Darstellung Koenens entgegen. Seit dem Parteitag in Leipzig haben wir keinen richtigen Zusammenhalt im Zentralkomitee mehr gehabt. Beim Kapp-Putsch hat die Zentralleitung kein Ruhmesblatt geerbt. Das lag an der inneren Zerrissenheit, an dem gegenseitigen Nichttrauen. Wenn damals der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Afa nicht zum Generalstreik aufgefordert hätten, wäre die Einheitsfront des Proletariats nicht hergestellt worden. Damals beim Abschluß waren alle der Meinung, daß der allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und die Afa mit ihren neun Millionen Mitgliedern den Druck auf die Regierung auszuüben hatten. Dieser Meinung waren alle Rechtssozialisten, Unabhängige und Kommunisten mit Dr. Levi. Damals war man froh, sich an die Rockschöße des Gewerkschaftsbundes hängen zu können und jetzt diese Darstellungen für solche Vertrauensbrüche hat man nur eine kräftige Verachtung übrig. (Lebhafte Zustimmung.) Dißmann beweist an weiteren Tatsachen die Zerrissenheit der Parteileitung. Treulosigkeit und Unkameradschaft herrschten das ganze Jahr durch. Wenn ihr Klarheit über die Betriebsrätefrage von Richard Müllers Seite haben wollt, dann müßt ihr mindestens ein halbes Dutzend Kommentare vor ihn legen. Dißmann erwähnte auch die Kundgebung des Zentralkomitees über selbständige Betriebsräte und verteidigt energisch seine ablehnende Haltung gegenüber diesem Beschluß. Es gilt gewissen Angriffen gegenüber festzustellen: die rechtssozialistische Politik wird nie und nimmer die unsere sein und wird es nie werden. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.) Wollt ihr dem deutschen Arbeiter vormachen, was er für sozialistisch-revolutionäre Politik zu halten hat. (Stürmischer Beifall.) Auf dem Betriebsrätekongreß stand die überwiegende Zahl der U. S. P.-Delegierten und das wird auch so bleiben. Wir nahmen den Kampf auf der ganzen Linie auf und verlaßt Euch darauf, Ihr werdet unter die Räder kommen. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Genosse **Nawroski** (Niederbarnim): Wir wissen alle die Bedeutung dieser Tagung zu würdigen. Wenn aber die Genossen Crispien und Dißmann behaupten, die Auseinandersetzung sei auf ein tiefes Niveau gesunken, so möchte ich ihnen raten, sich einmal die Stiefeln zu besehen. Bisher ist noch an keinem Parteitag solche Rede gehalten worden, wie heute hier von dem Genossen Crispien. Nicht einmal die ausländischen Genossen sind von ihm, wie es notwendig gewesen wäre, zu begrüßen. Kein Parteitag ist bisher so überhastet zusammenberufen worden wie dieser. Die Agitation ist nur nach dem Grundsatz der Gewinnung möglichst vieler Mitglieder betrieben worden. Auch die Presse hat keineswegs ihre Pflicht getan, manchen Genossen sind nicht einmal die 21 Bedingungen bekannt geworden. Wenn der Genosse Crispien die Schuld an den Mißerfolgen beim Kapp-Putsch auf die K. P. D. zu schieben versucht, so meine ich, daß man nicht mit Steinen werfen soll, wenn man im Glashaus sitzt. Wenn irgend eine Körperschaft versagt hat, dann war es das Zentralkomitee.

(Die Sitzung dauert fort.)

Republik Deutschland

Die Entwaffnungsaktion.

In der Sitzung vom 8. Oktober 1920 des parlamentarischen Beirats gab der Reichsentwaffnungskommissar Peters Bericht über das bisherige Ergebnis der Entwaffnungsaktion. Er ist von dem Verlauf der Entwaffnung zufriedengestellt, da alle Schichten der Bevölkerung Waffen ablieferten; in manchen Landesteilen, besonders in Hessen, gaben hauptsächlich die Frauen Waffen ab. In gewissen Gegenden entfiel auf 200 Einwohner eine abgegebene Waffe; in Großberlin auf 2000 Einwohner. Besonders viele Waffen seien in Württemberg abgegeben worden und in Münster. In Weimar seien an einem Tage 1400 Gewehre einzeln abgeliefert worden. In manchen Landesteilen hätten Schieber die Waffen restlos aufgekauft. In den Gegenden, die schlecht abgeliefert haben, sollen größere Entwaffnungsaktionen durchgeführt werden. Bisher sei ungefähr die Friedensbewaffnung von drei Friedensarmeekorps abgegeben worden, im ganzen etwa ¾ Millionen Waffen. An Prämien seien bereits etwa 30 Millionen Mark ausgezahlt worden. Die Waffen der Einwohnerwehren und ähnlicher Organisationen seien bis 1. Oktober anzumelden. (Nicht abzuliefern. D. R.). Nur die schwere Bewaffnung dieser Organisationen soll in den nächsten Tagen eingezogen werden. (Also können die Gewehre behalten werden. D. R.). Ein Widerstand gegen die Entwaffnungsaktion habe sich nirgends gezeigt. Auch der bayerische Minister von Kahr habe erklärt, daß er nicht daran denke, das Entwaffnungsgesetz nicht zur Durchführung zu bringen. **Einzelne Regierungen gingen zu schnell vor**, z. B. Braunschweig und Oldenburg. Dort habe der Reichskommissar bremsen müssen. (!) Das Gesetz werde durchgeführt werden. Wo später noch Waffen gefunden werden, habe der Staatsanwalt einzugreifen. In schweren Fällen werde das Gericht auch **Zuchthausstrafe** verhängen. Schließlich verwahrte sich der Reichskommissar gegen den Vorwurf der Rechtspresse, daß er mit **Denunziantenmitteln** arbeite und dadurch zur Verlumpung des Volkes beitrage. Er wolle nur das Gesetz ausführen.

In der Debatte verlangte Genosse Dr. **Rosenfeld** Auskunft über die Bewaffnung der Orgesch und ähnlicher Organisationen. Auch forderte er energischeres Vorgehen zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und ähnlicher Organisationen. Er fragte, wie viele Waffen diese Organisationen angemeldet hätten und wann sie endlich zur Ablieferung ihrer Gewehre aufgefordert werden.

Graf **Westarp** wünschte zu wissen, ob auch die **„rote Armee"** Waffen angemeldet habe.

Der Reichskommissar erwiderte: Berichte über Waffenanmeldungen der Selbstschutz-Organisationen liegen im allgemeinen noch nicht vor. Aus dem Regierungsbezirk Potsdam hat z. B. die Einwohnerwehr Beeskow 556 Gewehre, die Volkswehr in Zehdenick 54 Gewehre und ein Maschinengewehr angemeldet. Auch die Orgesch unterliegt der Anmeldepflicht. **Von einer roten Armee weiß ich nichts.**

Abg. **Berndt** (Dtnt.) war besonders von den Mitteilungen über die nichtbestehende **rote Armee** nicht befriedigt. **„Wo notorisch der Sitz der roten Armee ist, muß energisch zugegriffen werden."** Als Genosse Rosenfeld ihn darauf ersuchte, doch mit seinem Wissen nicht zurückzuhalten und mitzuteilen, wo die rote Armee „notorisch" ihren Sitz habe, schwieg er. Dagegen rief er noch eine lebhafte Debatte über den **Krieg** hervor, worauf er von dem Abg. Hildenbrand (Soz.) und dem Genossen Rosenfeld gebührend zurechtgewiesen wurde. Die Vertreter der beiden sozialistischen Fraktionen verlangten die Durchführung der Waffenablieferung auch in **Bayern** und auf den **großen Gütern**. Die Arbeiterschaft werde entwaffnet, das Land aber bewaffne sich mit jedem Tage mehr.

Die Waffen der Großgrundbesitzer.

Nach den Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgesetz sind „für einzelliegende Gehöfte und Gemeinden vor ihrer Entwaffnung die zu ihrem Schutz erforderlichen Maßnahmen zu treffen". Diese Bestimmung erweist sich mit jedem Tage mehr als ein Mittel, die Bewaffnung der Großgrundbesitzer immer mehr zu vervollkommnen. Hier zeigt die Entwaffnungsaktion besonders deutlich, daß sie sich gegen die Arbeiter richtet, dagegen die Herren Agrarier unbehelligt läßt.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1919.

Nach einer den „P. P. N." zugegangenen Aufstellung betrug die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände Ende 1919 7 338 123, gegen 2 866 012 zu Beginn des Jahres. Die Zahl der weiblichen Mitglieder hat sich im gleichen Zeitraum von 666 082 auf 1 612 636 erhöht. Die Gesamteinnahme betrug 247 306 838 Mk. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt:

Für Unterstützungen 44 942 733 Mk., für Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen 45 300 049 Mk., für Bildungszwecke 5 609 812 Mk., für Agitationen, Generalversammlungen, Verbindungen usw. 36 207 477 Mk., für Verwaltungskosten 59 348 578 Mk. und Verwaltungskosten der Zahlstellen und Gaue 46 879 317 Mk. Die Gesamtausgabe betrug 201 408 709 Mk., das Vermögen beträgt 133 180 009 Mk., davon befinden sich in den Hauptkassen 107 503 081 Mk. — Die Vermögen der Hotelangestellten-Verbände und der Metallarbeiter sind in diesen Zahlen nicht einbegriffen.

Kapitalistische Wirtschaft.

Die Pest am Staat.

Meldung: Der parlamentarische Unterausschuß zur Nachprüfung der Geschäftsergebnisse aus den staatlichen Gruben hat festgestellt, daß auf der Grube Schelven heillos mit dem Grubenholz gewirtschaftet worden ist. Mehrere Unternehmer, die den Staat durch Wucherpreise geprellt haben, sind veranlaßt worden, hunderttausende von Mark zurückzuerstatten. Auf allen staatlichen Zechen soll in der gleichen Weise vorgegangen werden.

Wir zweifeln, ob die Wucherer den Wuchergewinn zurückzahlen werden. Aber, was hier auf der Grube Schelven festgestellt wurde, ist natürlich in allen staatlichen Betrieben so, solange die Privat-(Profit)Wirtschaft herrscht, frißt der Wucher am Staat, am Volk!

Eine Stimme für.

Wie gemeldet wird, veröffentlicht der bekannte Sozialist und S. P. D.-Mann Richard Calwer in den „Wirtschaftlichen Tagesberichten" einen Vorschlag, durch dessen Befolgung ein Staatsbankerott vermieden werden soll. Die Vorschläge lauten wie folgt:

1. Herabsetzung der Gehälter der Staats- und Kommunalbeamten und Arbeiter um 60 %.
2. Entlassung aller überflüssigen Elemente aus den Staats- und Kommunaldienst. Beschäftigung der Entlassenen in Land-, Forstwirtschaft und Bergbau.

3. Herabsetzung des Zinsfußes der Reichs-, Staats- und Kommunalanleihen auf 2%.
4. Einstellung des Druckes neuer Noten.
5. Entfernung der fremdländischen Besatzung, wenn dies nicht möglich, Herabsetzung der Besatzungsarmee auf mindestens ein Drittel der jetzigen Stärke.
6. Erhöhung der Frachten der Staatsbahnen um 50%.
7. Aufhebung der Zwangswirtschaft und Auflösung aller bestehenden Wirtschaftsämter, Reichsgetreidestelle usw.
8. Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung.
9. Freigabe des Imports.
10. Verbot des Exports von Lebensmitteln, Getreide usw.
11. Erhöhung der Arbeitszeit von 8 auf 11 Stunden in der Weise, daß die drei Zusatzstunden als Ueberstunden gerechnet werden. Der Arbeiter erhält den gleichen Stundenlohn für die drei Zusatzstunden wie bei der Normalarbeitszeit. Der Unternehmer muß jedoch 10% des Ueberstundenlohnes an das Reich abgeben.
12. Einführung des Arbeitszwanges. Die Arbeitslosen und -Unlustigen sollen in Landwirtschaft, in Berg-, Straßen- und Tiefbau, bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden.

Sicherlich würde, wenn nach diesem eisernen Rezept verfahren, das Reich, der Staat und die Kommunen finanziell **entlastet**. Aber es gehört in die Anschauung eines Stinnes, wenn der gute Herr Calwer nichts von der zwangsweisen Herabsetzung der Warenpreise sagt und den gemeingefährlichen Unfug der Zwangswirtschaftsaufhebung gutheißt. Er fordert die Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung und verlangt den Arbeitszwang. Weiß denn der Mann nichts von der Stillegung der Betriebe durch die Unternehmer aus profitlichen Momenten? Denkt er, die Erwerbslosen liegen aus Faulheit auf der Straße? Der gute Mann bringt in seinem Stinnes-Vorschlage nicht das Wichtigste: **Die Aufhebung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln und Waren.** Wenn den Beamten und Arbeitern des Staates und der Kommunen das Gehalt um 50% gekürzt werden soll, dann würden die Institutionen bald nichts mehr zu zahlen brauchen, denn dann sind die Beamten und Arbeiter in kürzester Zeit glattweg **verhungert**. Die Mittel, die Herr Calwer als Rettung vor dem Staatsbankerott vorschlägt, sind nicht nur einseitig und **falsch** (völlige Freigabe des Import!!), sondern eine Stinnes-Kur, die allerdings den baldigsten allgemeinen Bankerott des **bürgerlichen** Staates herbeiführt. Und wenn mans haben will, weshalb nicht?

Keine Lösung.

Das **Reichswirtschaftsministerium** und das **Reichsarbeitsministerium** haben gemeinsam eine Verordnung gegen Betriebsabbrüche ausgearbeitet, die dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt worden ist. Im einzelnen steht in der Verordnung folgendes:

Die Verordnung sieht eine Anmeldepflicht für ganzen oder teilweisen Abbruch oder Stillegung von Betrieben und Arbeiterentlassungen vor. Die Verordnung bezieht sich auf alle Betriebe, soweit sie nicht Reichs- oder Landesbetriebe sind, mit mehr als zwanzig Arbeitnehmern. Die Verordnung will zunächst durch eine Sperrfrist von vier Wochen im Falle der Stillegung, von sechs Wochen resp. drei Monaten im Falle des Abbruchs, eine überhastete Zerstörung der Wirtschaftskräfte verhindern. Die Sperrfrist dient dazu, den Demobilmachungsbehörden Gelegenheit zu geben, Hilfsmaßnahmen zu ergreifen.

Die Verordnung sieht zwar vor, daß die Demobilmachungsbehörden im Einvernehmen mit der Betriebsleitung und dem Betriebsrat vorgehen sollen, doch werden selbstverständlich die Betriebsräte nur dort die Interessen der Arbeiterschaft und damit der Allgemeinheit wahren können, wo sie **energisch und zielbewußt** vorgehen und sich nicht von der Betriebsleitung an die Wand drücken lassen. Die Betriebsräte werden die Aufgabe haben, festzustellen, ob der Betrieb wirklich aus Rohstoffmangel oder aus Profithunger des Kapitalisten stillgelegt werden soll. Unter allen Umständen müssen sie dafür sorgen, daß dieser Verordnung entsprechend, die Betriebsvorräte, besonders auch die Kohlenvorräte enteignet und nicht hintenherum verschoben werden. Die fürchterliche Situation des heruntergewirtschafteten Deutschlands wird es nicht verhindern lassen, daß manche Betriebe stillgelegt werden. Die Arbeiterschaft wird nun dafür sorgen müssen, daß diese Verordnung, die doch nur ein wertloses Pflaster ist, soweit als möglich, im proletarischen Sinne durchgeführt wird.

Englisches Kapital in Ungarn.

Handelsmeldung:

Nachdem **englisches** Kapital einen vorherrschenden Einfluß auf die **Donauschiffahrt in Ungarn** erhalten hat, scheint sich der Einfluß auch auf andere Gebiete des ungarischen Wirtschaftslebens ausdehnen zu sollen. Der frühere ungarische Finanzminister Teleszky führt zurzeit wichtige industriepolitische **Verhandlungen mit England**. Es verlautet, daß der englische Konzern der britisch-ungarischen Bank in London eine Handelsgesellschaft gegründet habe zwecks Pflege des Handels mit den Donaustaaten und dem Orient. Nach einer Budapester Meldung von Ende September soll sich neuerdings englisches Kapital für die **Budapester elektrische Stadtbahn** und die **Straßenbahn** interessieren.

Die Zustände in Wrangels „Reich“.

Aus Moskau wird gemeldet: In einem Artikel über die Zustände im Wrangelreich, bemerken die „Iswestia“ u. a., daß nur wenige Regimenter eine reguläre Armee darstellen, und daß die Bauern, die die Wrangelsche Armee unter Leitung Machnos ausgefüllt haben, den wichtigsten Bestandteil der Wrangelschen Armee darstellen. Von Disziplin sei selbstverständlich keine Rede und die Desertion geschieht oft bataillonsweise. Ferner weisen die „Iswestia“ auf Schwierigkeiten zwischen ausländischen, vor allem französischen und englischen Offizieren einerseits und dem russischen Militär und der Bevölkerung anderseits hin. Das Benehmen der Franzosen und Engländer sei dem eines Okkupationsmilitärs sehr ähnlich.

Provinz.

Fellhammer.

Am 5. Oktober referierte hier in gut besuchter Versammlung Reichstagsabgeordneter Genosse **Heinrich Teuber**, Bochum. Das Thema lautete: Die U. S. P. D. und die 3. Internationale. Der **sachliche** Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion meldeten Gegner sich **nicht** zum Wort.

Goldberg.

Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, findet eine **außerordentliche Mitgliederversammlung** statt, in der Genosse **Grundke** über den Bezirksparteitag Bericht erstatten wird. Außerdem stehen sehr wichtige Organisationsfragen und Vorstands-Ergänzungswahlen auf der Tagesordnung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Der Vorstand.

Lokales.

Breslau, den 15. Oktober.

Arbeitslose! Frauen und Männer!
Erscheint in Massen!

zur Protest-Versammlung, heut, Freitag, nachm. 3 Uhr, im Zirkus Busch. 1. Wer trägt die Schuld, daß die „Beschaffungsbeihilfe“ so **ungerecht** verteilt wird? 2. Wollt Ihr es Euch gefallen lassen, daß das „Gewerkschatskartell“ sich auf einmal als Eure Vertretung aufspielt? Es gilt auch wegen „anderer Ungerechtigkeiten“ **flammenden** Protest zu erheben! Keiner darf fehlen! Der Arbeitslosenrat.

Deutscher Eisenbahner-Verband.

Am Freitag, den 15. d. Mts., nachmittags 4½ Uhr, findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine Betriebsrätesitzung statt, wozu die Bezirksbetriebsräte und alle örtlichen Betriebsräte eingeladen sind. Als Ausweis ist die rote Karte mitzubringen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben, sie ist außerordentlich wichtig. J. A.: Ortsverwaltung d. D. E. V.

Ein Vortrag Otto Lummers über Einstein

findet heute abend 7½ Uhr im großen Saale des Konzerthauses statt. Professor Lummer wird über Wesen und Bedeutung des Einstein'schen Relativitätsprinzips sprechen. Zur Beweisführung wird er den Zuhörern Experimente vorführen. Karten an der Kasse.

Kleinhandelshöchstpreis für Zucker.

Auf Anordnung der Provinzial-Zuckerstelle kostet vom 16. Oktober 1920 ab im Kleinhandel einschließlich Verpackung 1 Pfund Farin 3,46 Mk.

Bericht über die städtische Erwerbslosenfürsorge vom 1. bis 30. September 1920.

Im Monat September 1920 ist gegen den Vormonat bei den Männern ein größerer Rückgang in der Zahl der Anträge als auch an Unterstützungsempfängern zu verzeichnen, während bei den Frauen ein kleiner Zugang wahrzunehmen war. Es meldeten sich im Ganzen: 3633 Männer, 1181 Frauen, zusammen 4814 Personen. Anträge wurden aufgenommen: a) von Männern 2264, darunter 80 Jugendlichen, von denen 1409 erneute Anträge von Erwerbslosen waren, die bereits früher einmal die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch genommen hatten; b) von Frauen 1181, darunter 92 Jugendlichen, wovon 376 erneute Anträge waren. Im Ganzen wurden demnach 3445 Anträge aufgenommen und seit Bestehen der Erwerbslosenfürsorge 89 318.

Durch Ablehnungen, Entziehungen und Annahme von Arbeit schieden aus der Erwerbslosenfürsorge aus: 3149 Männer, 1111 Frauen, zusammen 4260. Es blieb am 30. **September** 1920 ein Bestand an Unterstützten: 3518 Männer, 3644 Frauen, zusammen 7162. Die Zahlen der sich im ganzen im Arbeitsnachweis Meldenden, also auch der Nichtunterstützten, betrugen im Laufe September 1920 **13 737 Männer, 6191 Frauen.**

An Unterstützungen wurden im September 1920 1 331 441.15 Mk. für 169 496 Unterstützungstage gezahlt. Ueberhaupt sind bisher gezahlt worden 15 600 443.27 Mk. Dazu kommen an Krankenkassenbeiträgen rund 449 000 Mk. Auch im Monat September sind an Erwerbslose Socken und Unterhosen zu ermäßigtem Preise abgegeben worden. Es sind bisher an 108 Personen Berechtigungsscheine über 207 Paar Socken und 117 Unterhosen ausgestellt worden. Reisegutscheine für freie Fahrt nach dem Arbeits- oder Heimatsort sind im September 83, bisher überhaupt 2066 ausgestellt worden. Den von auswärts Zugezogenen, die bereits 4 Wochen lang unterstützt worden sind, wurde, soweit nicht gesetzliche Gegengründe vorlagen, die Unterstützung entzogen und zwar im September in 14 Fällen, im Ganzen bisher in 1387 Fällen. Die Kontrollmaßnahmen und Ermittlungen bei den Erwerbslosen an Ort und Stelle wurden fortgesetzt. Sie erfolgten im September in 6927 Fällen, wovon auf die Ermittlungen 1139 und auf die Kontrollen 5788 entfallen.

Seit Bestehen der Erwerbslosenfürsorge wurden wegen Urkundenfälschung und Betruges 196 Strafanzeigen erstattet; es wurden 50 Männer und 18 Frauen, zusammen 68 Personen, verurteilt. Die erkannte Höchststrafe betrug 6 Monate Gefängnis.

Verantwortlich für innere Politik, Wirtschaft, Feuilleton und Provinzielles: Dagobert Lubinski; für äußere Politik, Räte, Partei, Internationales und Lokales: Erich Kunik; für Inserate Fritz Ulbrich.
Druck: Buchdruckerei Püffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Stadttheater. Freitag 6 Uhr: Die Meistersinger von Nürnberg.

Lobe-Theater. Freitag 7½ Uhr: Rosmersholm.

Thalia-Theater. Freitag 7½ Uhr: Durch die Zeitung.

Schauspielhaus. Operettenbühne. Tel. R. 2545. Sonnabend und Montag 7½ Uhr: Die Frau im Hermelin. Freitag, Sonntag und Dienstag 7½ Uhr: Der Zigeunerprimas. Sonntag nachm. 3½ Uhr: Die Faschingsfee. Mittwoch 7½ Uhr: Die Gaiseria.

LIEBICH-Theater. Täglich 7½ Uhr: der große Erfolg des Oktober-Programms.

Palast-Theater. Vampyre 6. Teil. Dazu: Das ganze Sein ist flammend Leid. 5 Akte.

Heute Freitag letzter Tag Die Internationale! abends 8 Uhr im Gebäude des Zirkus Busch

ZEPTER-KINO

Epilepsie-

Walhalla-Theater Am Wachtplatz. Auf vielseitige Wünsche!! Mia May in Die Geschichte der Maud Gregaards. Erschütternd Leidenstragödie einer Betrogenen, nach dem Roman Die Herrin der Welt II. Teil in 6 gr. Akten. Erstklassige Rezitation

Union-Theater Graupenstrasse 6. Wanda Treumann in Der violette Tod. Aeusserst packend. Schicksalsweg zweier Liebenden, die um ihr Lebensglück betrogen sind in 5 großen Akten. Karlas Tante. Famoses Liebesabenteuer einer lebenslustigen Komtesse in 3 großen Akten. Erstklassige Rezitation

Ein Paar neue schwarz. Herrenhalbschuhe, Größe 39½/46, Preis 226 Mk. u. ein Paar neue schwarz. Damenschuhe, led. Spann, Größe 41, Preis 196 Mk., beides Handarbeit, verkauft P. Hinisch, Bischof Post Kopitz i. Schles.

Wundervolle üppige Büste wird erlangt durch meine altbewährten Büstenpräparate zu Mk. 7.— und Mk. 9.— beid. zusammen Mk. 16.— Ferner empfehle bei Periodenstörung u. Unregelmäßigkeiten mein altbew. Präpar. Viele freiwill. Dankschreib. Preis Mk. 13.— und Mk. 19.— Katalog 60 Pf. in Marken. Fr. Barthel

Rundschiffchen-Schnell-Nähmaschinen für den Familien-Gebrauch u. in verschiedenen Größen u. Stärken für Näherinnen auf Wunsch Teilzahlung empfiehlt Jacob Schlesinger, Breslau Kaiser-Wilhelm-Str. 4. Kein Laden nur 1 Treppe.

Achtung! Wo? kauft man neue und gebr. Möbel sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten? Bei H. Klinge, Neumarkt 12, nur 1. Etg.

Oberschlesier! Gedenkt der bedrohten Heimat, kommt zur Oeffentlichen Versammlung im großen Saal des Konzerthauses am Mittwoch, den 20. Okt., ab. 7½ Uhr. Die Redner werden noch bekannt gegeben werden. Freier Eintritt. Freie Aussprache. Breslauer Arbeitsgemeinschaft zur Erhaltung Oberschlesiens b. Deutschland. Die Bezirksgruppe Breslau d. Vereinigt. Verbände heimattreuer Oberschlesier und die Bezirksvereine Nordwest, Nordost, Mitte, Südwest und Südost.

Bekleidungshaus J. Ruben Frankfurterstr. 60/52, am Bahnhof Nikolaitor. Eröffnung Sonnabend, den 16. Oktober 1920. Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß. Größte Auswahl – Fachmännische Bedienung

Ernst Heinze vorm. Max Scholz Breslau, Goldeneradegasse 7. Telephon: Ohle 1609. Herren-Anzug-, Paletots- und Ulsterstoffe, Damen-Kostüm- und Mäntelstoffe in grosser Auswahl sehr preiswert.

Inserate haben in der „Schlesischen Arb.-Ztg.“ größten Erfolg.